

fahrtseinrichtungen ist, ergibt sich schon daraus, daß dieser Arbeiter-»Fürsorge« die ungünstigsten Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse gegenüberstehen, die weit hinter den in anderen gleichartigen Betrieben üblichen zurückbleiben. Die Löhne niedrig und die Arbeitszeit lang zu erhalten war ja auch der Zweck dieses Wohlfahrtsrummels.

Großzügiger als in diesem Betrieb wird der Wohlfahrtsschwindel in anderen Fabriken, hauptsächlich der schweren Industrie, betrieben. Besonders beliebt ist in vielen derartigen Firmen die Begründung von Sparkassen, die von der Fabrikleitung verwaltet werden. Eine zutreffende Einschätzung erfahren diese Wohlfahrtseinrichtungen im Februar durch das Düsseldorfer Landgericht, das als Berufungsinstanz über die Klage eines Arbeiters gegen die Gerresheimer Glashüttenwerke auf Auszahlung von 110 Mk. einbehaltener Spargelder zu entscheiden hatte. Die genannte Firma hatte vor etwa einem Jahr direkte Lohnkürzungen vorgenommen. Um die Arbeiter zu beschwichtigen, gab sie durch Anschlag bekannt, die »Lohnermäßigung« solle in der Weise vor sich gehen, daß die eingehaltenen Beträge jedem Arbeiter gutgeschrieben, verzinst und bei Betriebseinschränkungen, Krankheitsfällen, eintretender Invaldität sowie bei näher bestimmter Altersgrenze zurückgezahlt würden. Ein Arbeiter, dem man durch diese »Spareinrichtung« 110 Mk. eingehalten hatte, forderte nun die Rückzahlung seines Eigentums, die ihm aber durch die Firma verweigert wurde, worauf er klagbar vorging. Das Landgericht gab dem Arbeiter recht und erteilte der Firma, die daraufhin ihre »Wohlfahrtseinrichtung« wieder aufhob, durch folgende Urteilsbegründung einen hübschen Denkkzettel:

Laut § 117 der Gewerbeordnung sind Verträge über die Verwendung des Arbeitsverdienstes zu anderen Zwecken als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien nichtig. Es ist deshalb zu prüfen, ob im vorliegenden Falle die Verwendung des entzogenen Arbeitsverdienstes als eine solche Beteiligung anzusehen ist. Das ist zu verneinen. Es sind erhebliche Nachteile für den Arbeiter vorhanden, die er bei freigeübten Spareinlagen nicht haben würde. Vor allem folgt das aus der Bestimmung, daß bei Aufgabe der Arbeit die Auszahlung des erworbenen Anteils erst bei zurückgelegtem 50. Lebensjahre zur Hälfte, dann bei zurückgelegtem 55. Lebensjahre ganz und sonst nur im Todesfall an die Erben erfolgt. Bei dieser Sachlage ist nicht zu verkennen, daß der Hauptvorteil dieser Einrichtung auf Seiten der Gerresheimer Glashüttenwerke ist, die durch den Ausschluß der Verfügungsberechtigung der Arbeiter über ihr Guthaben im Fall ihres Austritts bis zum 55. Lebensjahre die Arbeiterschaft zu einem Unterlassen der Kündigung dort beeinflusst, wo sie ohne die Bestimmung ausgesprochen wäre. Denn der Austritt aus dem Arbeitsverhältnis ist immer mit einem wirtschaftlichen Nachteile für den Arbeiter verknüpft, da ihm die Verfügung über seine Ersparnisse fehlt. Da also eine Wohlfahrtseinrichtung nicht in Betracht kommt, so steht dem Kläger die Forderung auf sein Guthaben unstreitig zu.

Von demselben Kaliber wie diese Wohlfahrtseinrichtung, die sogar von einem bürgerlichen Gericht in dieser gründlichen Weise durchschaut und gekennzeichnet wurde, sind auch die den Spareinrichtungen nahe verwandten Werkpensionskassen. Erst in jüngster Zeit gewährte die Abrechnung der Pensionskasse der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhäusen für das Jahr 1909 wieder einen Einblick in eine derartige Wohlfahrtseinrichtung. Darnach brachten die Arbeiter allein für diese Kasse an Beiträgen und Eintrittsgeldern 97 600 Mk. auf; mit den sonstigen Einnahmen, die in der Hauptsache aus den Strafgebern bestehen, betrug die Gesamtleistung der Arbeiter 112 238,75 Mk. An Pensionen wurden aber nur 32 176,88 Mk. ausgezahlt. Die Arbeiter haben also viel mehr als dreimal soviel für die Kasse geopfert, als zur Unterstützung von Arbeitern verausgabt wurde. Dabei wurde der Arbeiteranteil an der Zinsensumme von 35 234 Mk., der in Einnahme gestellt ist, noch gar nicht mitgerechnet. Dadurch konnte die Kasse 164 930 Mk. in dem einen Jahre aufspeichern, die zwar formell der Kasse, in Wirklichkeit aber der Firma gehören, die mit diesen Summen arbeitet und das weitestgehende Verfügungsrecht über die Kasse hat.

Arbeiter, die vor ihrer Bezugsberechtigung ihre Arbeitsstelle aufgeben oder verlieren, gehen in der Regel ihrer Ansprüche an die Betriebspensionskassen verlustig. Dadurch wird natürlich die Liebedienerei, Kriecherei und das fatalistische Entgegennehmen aller Maßnahmen der Betriebsleitung für den Arbeiter, der sich seine Stellung halten will, um nicht seine sauer abgesparten Pensionskassenbeiträge auf's Spiel zu setzen, zur Notwendigkeit. In einer Fabrik mit Pensionskasse zirkuliert, wie Wilhelm Düwel in seinem Buche »Wohlfahrtsplage« (Verlag der »Arbeiter-Zeitung«, Dortmund 1903) berichtete, eine Liste aller Arbeiter, die bald ihr 10jähriges Jubiläum feiern können, unter den Werkmeistern, die sie hinter den Namen der Arbeiter mit dem Vermerk: »Kann bleiben!« oder: »Muß vor Ablauf des 10. Jahres entlassen werden!« versehen. Wer in letztgenannter Weise wegen Krankheit oder aus anderen Gründen gekennzeichnet wurde, kann sicher sein, rechtzeitig entlassen zu werden und um die erträumte Pension zu kommen.

Auch die Fabrikwohnungen sind nichts anderes als ein Sklavensessel, durch die der Arbeiter an den Betrieb geschmiedet wird. Die Mieter derartiger Wohnungen müssen sich in der Regel einem Verträge unterwerfen, der den freien Arbeitsvertrag und das Koalitionsrecht fast völlig aufhebt. Folgendes klassische Beispiel eines derartigen Mietsvertrages, den die Zeche Kaiser Friedrich zu Barop bei Dortmund ihren Arbeitern diktiert, wird zur Kennzeichnung einer derartigen Wohlfahrtseinrichtung genügen. Darnach kann der Mietsbetrag vom Lohn abgezogen werden. Steht der Mieter aus irgend einem Grunde bei der Vermieterin nicht mehr in Arbeit, kann die sofortige Räumung der Wohnung verlangt werden. Wenn ein Mieter die Beteiligung an einer Arbeitseinstellung wagen sollte, wird er natürlich ohne weiteres auf die Strafe gesetzt. Nimmt der Mieter Kostgänger auf, die nicht auf der Zeche beschäftigt sind, erhöht sich der Mietspreis um 6 Mk. monatlich usw. usw. Eine Dachziegelfabrik in Freiwalddau verpflichtet den Mieter ihrer Wohnungen sogar: »der Vermieterin (der Firma) die erwachsenen arbeitsfähigen Familienangehörigen in Arbeit zu geben. Quartier- und Logisgänger darf er nur so lange in seinen Mietsräumen unterbringen, als die betreffenden Personen in einem Arbeitsverhältnisse bei der Firma stehen.« Noch besser ist aber der § 6 dieses modernen Hörigkeitsvertrags. Er lautet: »Das Betreten der Mietsräume durch die beauftragten Beamten der Vermieterin muß sich der Vermieter jederzeit gefallen lassen. Er hat nicht das Recht, diesen Personen den Zutritt, den Eintritt oder das Verweilen zu verweigern oder zu untersagen.« Also die ganze Familie muß dem Fabrikherrn nicht nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, sondern auch ihre freie Zeit und noch viel mehr.

Es würde zu weit führen, wenn alle anderen »Wohlfahrtseinrichtungen«, zu denen in gewisser Sinne auch die sogenannte Gewinnbeteiligung gehört, hier noch behandelt werden sollten. Die dargelegten Beispiele werden aber schon zur Genüge gezeigt haben, was mit diesem Wohlfahrtsschwindel beabsichtigt wird. Entschlüpfte doch sogar der »Deutschen Arbeiterzeitung« (No. 41, 1904) in einer schwachen Stunde das Geständnis:

»Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen gerade durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtseinrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt.«

Ferner wird von dem Blatt mit Genugtuung hervorgehoben, daß der Geber die Kosten für die Wohlfahrtseinrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen vermag, indem er sie ihm vom Lohn abzieht! Dieses Geständnis ist zwar unvorsichtig, aber zutreffend. Ohne eigene Opfer täuscht der Unternehmer durch seinen Wohlfahrtsschwindel die Arbeiter über ihre Lage hinweg, spannt er sie um so fester in sein Joch, schafft er sich die Möglichkeit,

sie ungestört um so gründlicher auszubeuten. Kann er auch die Gewerkschaftsbewegung in seinem Betriebe nicht vollständig niederhalten, so wird doch die Werbearbeit für die Organisationen ungemein erschwert. Aber durch rege Aufklärungsarbeit unter den betörten Arbeitern über die wahren Absichten, die vom Unternehmertum mit dem Wohlfahrtsschwindel verfolgt werden, wird auch dieses Kampfmittel der Unternehmer eher oder später unschädlich gemacht werden. Einmal muß es schließlich auch in den dunkelsten Hirnen tagen.

Rundschau.

Christliche Gewerkschaftsführer. Der auf der Generalversammlung des christlich-graphischen Verbandes in Würzburg zum 2. Zentralvorsitzenden gewählte und Stadtverordnete in Barmen, Herr Herchenbach, zur Zeit Betriebsleiter in Bonn in der Firma A. Jung Söhne, hat, wie die Firma einer Gehilfenkommission mitteilte, aus eigener Initiative die Ferien von 3 Tagen auf 2 Tage verkürzt. Dem Eingreifen der Gehilfenkommission der freien Gewerkschaften ist es zu danken, daß diese Verschlechterung abgewehrt wurde. Da zwölf noch einer an der sozialpolitischen Einsicht solcher Gewerkschaftler.

Wie der Schutzverband Schmutzkonzurrenz bekämpft. Vor noch nicht allzulanger Zeit mußte die Leitung des Schutzverbandes Stellung nehmen zu der Preisdrückerei der Firma Leonhardt in Crossen. In No. 9 des deutschen Steindruckgewerbes ist eine Notiz über eine Eingabe dieser Firma verzeichnet, die ebenfalls nach dieser Richtung hinzielt. Die Gehilfenschaft bekämpft in einer Bewegung diese Schmutzkonzurrenz und in Barmen betreibt die Schutzverbandsfirma Heede Arbeiten für die Firma Leonhardt an. Das ist das ehrliche Bestreben des Schutzverbandes.

Der gesetzliche Achtstundentag für die bayrischen Bergarbeiter scheint seiner Verwirklichung sehr nahe zu sein. Denn trotzdem die Kammer der Reichsräte die vom bayrischen Landtag eingefügte Festlegung des Achtstundentags im neuen bayrischen Berggesetz gestrichen hatte, wurde dieselbe Bestimmungen vom Landtage bei der nochmaligen Beratung wieder eingesetzt und dann das ganze Gesetz mit 88 gegen 15 Stimmen angenommen. Nun hat die Reichsratskammer abermals das Wort.

Geschäftsergebnisse. Die Firma, A. G. für Kunstdruck in Niedersiedlitz bei Dresden erzielte eine Steigerung des Betriebsgewinnes von 225,595 Mk. im Jahre 1908, auf 260,546 Mark im Jahre 1909. Daraus werden 4 1/2 Prozent Dividende verteilt. Im Jahre 1908 gab es 0 Prozent. Bemerkenswert ist noch im Rechenschaftsbericht, das infolge des großen Wettbewerbs, die Preise sehr gedrückt sind. — Ernst Wasmuth, A. G. Kunstanstalt in Berlin, erzielte im Jahre 1909 einen Ueberschuß von 75,069 Mk. aus denen 4 Prozent Dividende gezahlt werden, ebensoviel wie 1908.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 16. Juli 1910.

Der siebente Genossenschaftstag und seine Beschlüsse über: Bildungsarbeit; Hausindustrie und Heimarbeit; Strafanstaltserzeugnisse; Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife; genossenschaftliche Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder; Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften.

Der siebente ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagte vom 13. bis 15. Juni in München. Leider müssen wir uns darauf beschränken, die Beschlüsse, die er faßte, hier wiederzugeben, ohne auf die interessanten Verhandlungen selbst eingehen zu können. Aber schon diese Beschlüsse zeigen uns die Bedeutung und die großen Gesichtspunkte, von denen sich der Genossenschaftstag leiten ließe.

Den ersten Schritt zur planmäßigen Förderung und organisatorischen Weiterentwicklung des konsumgenossenschaftlichen Bildungswesens in Deutschland tat der Genossenschaftstag durch die Annahme einer Resolution, in der er mit Befriedigung davon Kenntnis nimmt, daß Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes »eine Kommission zur Prüfung der Frage des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungsunterrichts eingesetzt haben. Der Genossenschaftstag beschließt, daß zur Förderung des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungs-Unterrichts ein Unterrichtsfonds errichtet werde, der von dem Sekretariat des Zentralverbandes von den übrigen Mitteln getrennt zu verwalten ist. Ueber die Verwendung dieser Mittel entscheiden Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes und in deren Auftrage die von diesen beiden Körperschaften hierfür eingesetzte besondere Kommission. Der Genossenschaftstag ersucht die Verbandsvereine dringend, aus ihren jährlichen Ertrübrungen ausgiebige Zuwendungen dem Unterrichtsfonds zur Verfügung zu stellen und an das Sekretariat des Zentralverbandes abzuführen.«

Von großer sozialer Bedeutung ist auch die Resolution über Hausindustrie und Heimarbeit, die wie folgt lautet: »Hausindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde

Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Ferien für die Arbeiter!

Urlaub! — Wie schlägt doch das Herz höher bei diesem Wort, wenn nach langer, erschwerter Tätigkeit einige freie Tage winken, an denen sich der abgemattete Körper und der abgspannte Geist erholen, um nachher des Lebens Lasten in neuer Frische wieder aufnehmen zu können.

Vor nicht allzu langer Zeit noch huldigte man der Ansicht, die beim rückständigen Spielfbürgertum übrigens auch heute noch anzutreffen ist, daß physische Arbeit den Körper stärkt und deshalb Urlaub für Arbeiter ein Unding sei. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß angestrengte geistige Arbeit den Körper schwer schädigen kann, aber wo ist denn heute die Grenze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit? Ist nicht bei jedem Arbeiter auch der Geist fast in gleichem Maße angestrengt wie der Körper? Bei einem ausgeklügelten System der Ausnützung menschlicher Arbeitskraft in zumeist aller Hygiene hohnsprechenden Arbeitsräumen ist nicht nur die tägliche Arbeitszeit noch viel zu lang, es muß auch mindestens einmal im Jahre eine Unterbrechung stattfinden, um den Sinn von dem wenigen, stupiden Einerlei der Lage auf etwas anderes zu lenken.

Wie vielen war es überhaupt noch nicht vergönnt, den Schritt von der Heimatscholle zu entfernen! Dem Einzelnen ist daraus kein Vorwurf zu machen. Der Umstände sind es gar mancherlei, die ihm ein längst gefühltes Sehnen nicht zur Verwirklichung reifen lassen. Der tägliche Gang von und zur Fabrik macht den Menschen stumpf. Kommt womöglich noch ein starker Alkoholgenuß dazu, dann ist es noch schlimmer. Es ist Tatsache, daß Arbeiter gesagt haben: das Geld, daß wir früher unnötiger Weise vertranken, legen wir uns jetzt zurück und machen damit alljährlich eine kleine Urlaubsreise. Welcher erzieherische Einfluß liegt nicht hier schon in einer Urlaubsgewährung! Mit stumpfsinnigem Dahinbrüten ist eben auch hier nichts getan. Man muß fordern! Der Mensch braucht Anregung; das erst zu begründen ist überflüssig. Der Erfolg ist aber sicher, denn die passende Gelegenheit, die Anregungen, so verschieden sie sein mögen, nach seiner Weise zu verwerten, wird für keinen ausbleiben.

Das industrielle Unternehmertum, so weit es sich der Ansicht nicht verschließen konnte, daß auch der Arbeiter ein Recht auf Urlaub hat, machte durch Gewährung eines solchen sicher die besten Erfahrungen. Es muß doch auch jedem Unternehmer daran gelegen sein, sich einen Stamm gesunder und lebensfroher Arbeiter zu erhalten.

Bei dem Beruf des Lithographen und Stein-druckers, die doch keineswegs zu den gesundesten gehören, ist eigentlich von Urlaub noch sehr wenig zu verspüren. Bei beiden Berufen sind Augen und Lunge besonders angestrengt. Die sitzende Lebensweise des Lithographen birgt den Keim zu mancherlei Leiden. Der Stein-drucker ist den verderblichen Einflüssen von giftigen Farben, Bronze, schlechtem Terpentin und dergleichen mehr ausgesetzt. Mit Recht kann auf die Totenliste der »Graph. Presse« hingewiesen werden. Es ist erschreckend, wenn man liest, daß ein ganz gewaltiger Prozentsatz von der heimtückischsten aller Krankheiten, der Lungentuberkulose, dahingerafft wird. Männer im blühendsten Alter, die auf den von ihnen erlernten Beruf die größten Hoffnungen setzten, fallen dieser schleichenden Krankheit zum Opfer. Eine nicht mindere Gefahr bilden bei beiden Berufen die hohen Anforderungen, die an das Nervensystem gestellt werden. Auch hier kann wieder mit Schrecken konstatiert werden, daß auch die Selbstmorde eine ganz eminente Höhe erreicht haben. Würde heute eine Reichsstatistik

aufgenommen über Selbstmorde von Angehörigen der Gewerkschaften, unser Verband würde prozentual mit an der Spitze marschieren. So sieht es in unserem Berufe aus, den das Schutzverbandsorgan einmal als »allergesundesten« stempelte.

Einem Uebel vorzubeugen wird heute von jedem Arzt empfohlen. Es könnte sehr viel Geld für Arznei, Aerztehonorar und Krankenpflege gespart werden, wenn das beachtet würde. Eine freie Zeit von 8 bis 10 Tagen im Jahr, richtig angewandt und ausgenützt, kann so viel Gutes stiften, daß man sie gar nicht mehr missen möchte. Fleckchen Erde, an denen sich mühselige Menschen erholen können, gibt es genug. Sieht man aber genau hin, wen sie Erholung bieten, so bemerkt man, daß es nicht gerade diejenigen sind, die der Erholung am bedürftigsten wären. Gerade das Gegenteil! Es sind meist solche, die das ganze Jahr arbeitslos sind, daß heißt: die andere Mehrwert für sich schaffen lassen. Bei unserer verkehrten Weltordnung hat es der sich heute noch allmächtig dünkende Geldsack eben auch in der Hand, das den Kranken, Hilflosen und Schwachen Zugesagte, von der alltäglichen Natur Gependete in seinen Besitz zu nehmen. Wie mancher Familienvater könnte den Seinen länger erhalten bleiben, wenn ihm beizeiten Gelegenheit gegeben wäre, das Joch der Arbeit für einige Tage im Jahre abzuschütteln und hinauszuwandern, um Herz und Sinn zu erfreuen an all den Schönheiten und Erhabenheiten der Natur, die doch wahrlich nicht allein für den Reichtum geschaffen sind.

Unsere Unternehmern muß aber gesagt werden: Wenn ihr selbst jährlich einer wochen- oder monatelangen Erholung bedürft, so vergeblich auch diejenigen nicht, die bei angestrengter Arbeit in dumpfen Räumen mit ihrem Alles, ihrer Arbeitskraft, auch häuslicher umgehen wollen und infolgedessen auch dringend einiger Erholung in den Sommermonaten bedürfen!

H.

Alljährlich, wenn die Zeit der Ferien und des Urlaubs kommt und unter anderen vor allem die Beamten und sonstigen Bureau-menschen in alle Himmelsgegenden dahin ziehen oder auch in der Nähe ihres Wohnortes all-täglich spazieren gehen, um in der freien Natur den Geist zu stärken und die Brust zu dehnen, so ergreift es mich immer mit einer Art Weh-mut, wenn ich dabei an meine Kollegen denke, die noch keine Ferien erhalten, um einige Tage aus der Treitmühle des Alltags herauszukommen und sich zu stärken zum ferneren Kampf ums Dasein.

Kürzlich haben in dem Städtchen, wo ich mich fast ein Lithographendurchschnittsalter aufhalte und wo ich seit langer Zeit unfrei-willige »Ferien« habe, die oft zu Unrecht ge-lästerten »Pioniere der Arbeiterschaft«, die Buch-drucker-Kollegen, wieder den Antrag auf Ferien bei den Prinzipalen in »reinen« und »gemischten« Betrieben gestellt. Ein Fehler war es meines Erachtens, daß in den sogenannten »gemischten« Betrieben nicht gleich *gemeinschaftlich* die Ge-suche auf Ferien eingereicht wurden.

Die Antwort der Prinzipale war in ein paar Betrieben vollständiges Schweigen, in einigen anderen Betrieben eine Vertröstung auf später und im größten »sehr gemischten« Betriebe (Lithographie, Buch-, Stein- und Lichtdruckerei) lautete sie, daß man — wie bisher — ein-zelnen Gehilfen Ferien geben wolle. Nun, das war zwar auch eine Antwort, aber wenn man das »wie bisher« kennt, so kann man keine großen Hoffnungen hegen; denn es war wohl unseres Wissen »bisher« überhaupt nur Einer, der bezahlte Ferien kriegte. *Unfreiwillige Ferien* kommen allerdings öfters vor, und auch jetzt müssen in diesem Betriebe ein paar Licht-drucker-Kollegen schon wieder einige Zeit *aus-setzen!*

Was uns graphische Arbeiter allerorten be-sonders zum *gemeinsamen Vorgehen in der Ferienfrage* veranlassen müßte, sind die ver-

heerenden *Berufskrankheiten* und der *recht früh-zeitige Tod* vieler Kollegen. Damit ist der Beweis zur Genüge erbracht, daß für die gra-phischen Arbeiter ein *Erholungsurlaub un-be-dingt nötig ist*, und einsichtsvolle Firmen haben auch ihren Arbeitern längst Ferien gegeben. In meinem Kleinstädtchen, das im Verhältnis zur Einwohnerzahl wohl eine große Druck-stadt genannt werden kann, obwohl zurzeit noch keine Buch- oder Steindruck-Rotations-maschine aufgestellt ist, ist es *einzig und allein die sozialdemokratische Volksblattdruckerei*, die allen ihren Arbeitern und Arbeiterinnen neben dem *Achtstundentag* auch *bezahlte Ferien gibt*. Die große *Hofbuchdruckerei*, lithogr. Anstalt, Stein- und Lichtdruckerei müßte sich doch eigentlich daran ein Vorbild nehmen, zumal sie bei ihrem »Regierungsantritt« doch recht vielerlei versprochen hat. *Und so wäre wohl noch mancher Betrieb in Deutschlands Gauen, der sich an den sozialdemokratischen Betrieben ein Beispiel nehmen könnte.*

Unsere Kollegen aber, mögen sie von der Nadel, oder Feder, vom Pinsel oder von der Farbspachtel und der Walze sein, müssen die *Gesuche um Ferienbewilligungen* viel *nachdrücklicher* stellen, und wo sie abgewiesen werden, nicht mehr ersuchen und bitten, sondern *fordern!*

S.

Zur Generalversammlung.

XVI.

Zur Staffelfrage.

Die Frage der Beitragsstaffelung ist zweifellos eine der tiefgreifendsten, die die Generalversammlung beschäftigen werden. Sie ist nicht nur von außer-ordentlich gegenwärtigem Interesse, indem sie den Photographen, Tapetendruckern usw. größere Agitationsmöglichkeiten verleihen soll, sondern sie wird in eben solchem Maße unsere Zukunft beherrschen. Wenn die graphischen Berufe momentan vielleicht auch noch am weitesten einem Industrieverbande entfernt sind, so muß jedoch zweifellos mit einer derartigen Entwicklung gerechnet werden. Die Voraussetzung einer solchen Gewerbszentralisation ist aber das Vorhandensein einer, wenn nicht ver-schiedener niedriger Beitragsklassen. Wollten wir, alles andere aus den Augen lassend, auf unserem Einheitsbeitrag verharren, so wäre damit schon von vornherein die Möglichkeit eines Industrieverbandes unterbunden, denn die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb unserer Reihen würden nie unseren hohen Beitrag zahlen können. Wenn darum die Entwicklung unverkennbar auf Staffelfragen hinweist, warum sollten wir uns denn jetzt dagegen sträuben und benannten Berufsgruppen diese Agi-tationsmöglichkeit nehmen?

Man braucht deswegen die günstigen Wirkungen hoher Beiträge, sowie gut ausgebauter Unter-stützungssätze nicht zu verkennen. Zweifellos hätten wir aber mit dem hohen Beitrag von 1,30 Mk. bei den ersten Organisationsversuchen unter den Litho-graphen und Steindruckern ebensolche Schwierig-keiten gehabt, wie gegenwärtig bei den Photo-graphen und Tapetendruckern. Es ist eben leichter *organisierte* Kollegen zu einem hohen Beitrag zu erziehen, als mit einem hohen Beitrag *fernstehende* zu organisieren. Das Erziehungswerk wird mit einem hohen Beitrag um so schwerer, obwohl es gerade bei genannten Berufsgruppen am not-wendigsten wäre.

Freilich darf man die Schwierigkeiten von Staffelf-beiträgen nicht verkennen. Wollte man jedem Staffelfbeitrag besondere Unterstützungssätze an-gliedern, so würden dadurch die Verwaltungsarbeiten ungemein kompliziert und vermehrt werden. Mit Recht sagt darum die Redaktion in ihrem Leitartikel in No. 25, daß dann in baldiger Zeit auch die mittleren Mitgliedschaften ihren Beamten haben müßten. Ich halte darum die bisher gemachten Vorschläge für wenig geeignet, genanntes Problem zu verwirklichen. Es müßte schon eine einfachere Form gefunden werden, in der aber trotzdem alle Vorteile unserer Organisation beibehalten bleiben. Ich möchte darum hier einen Vorschlag zur Dis-kussion stellen, den ich bereits auf dem vergangenen Dresdener Gautag gemacht habe und der seiner Einfachheit wegen zum mindesten zur Lösung des Staffelfproblems beitragen könnte.

Zunächst müßte auch bei einem niedrigeren Beitrag, der auf die Gewerkschaftskasse entfallende Teil, *voll* gezahlt werden. 0,30 Mk. bleiben somit als Grundbeitrag. Es verbleiben dann, wenn man mit einem Gesamtbeitrag von 0,70 Mk. rechnen will, noch 0,40 Mk. für alle anderen Kassen zu-sammen. Will man aber die Fluktuation von vorn-herin nach Möglichkeit einschränken, so muß man alle andern Kassen, Invaliden- und Witwenkasse mit inbegriffen, beizubehalten versuchen. Während aber von einem Vollbeitrag von 1,30 Mk. eine volle Mark den gesamten Unterstützungskassen zufließen, würden bei einem Staffelfbeitrag von 0,70 Mk. nur

der Gummidruck-Rotationspressen anbahnen wird, wird natürlich auch wieder eine größere Nachfrage nach der Arbeitskraft des Lithographen zur Folge haben. Damit steigt für den Lithographen die Möglichkeit, seinen Lohn zu bessern. Inwieweit aber dieser größere Begehrt seiner Arbeitskraft eine Steigerung seines Lohnes bedingt, das hängt dann viel von dem Verhalten des Lithographen selbst ab, das hängt davon ab, wie er die ihm günstigere Lage des Arbeitsmarktes auszunutzen weiß, wie er das Angebot seiner Arbeitskraft zu organisieren und zu regulieren versteht.

Solche Kunst will aber erst erlernt sein! Ohne irgendwelche intimere Beschäftigung mit solchen Fragen ist es dem Lithographen nicht möglich, die Lage des Arbeitsmarktes richtig zu übersehen, geschweige denn, sie zu seinem Vorteile auszunutzen. Und beschäftigt er sich mit solchen Fragen, so wird er gar bald erkennen, welchen unermeßlichen Wert die Gewerkschaft hat, er wird erkennen, daß er ohne die Beihilfe der Gewerkschaft ein solches Studium garnicht mit Erfolg durchführen kann. Die Gewerkschaft schafft erst durch ihre statistischen Erhebungen und sonstigen Untersuchungen und Veröffentlichungen die Möglichkeit, sich von der Geschäftslage ein klares Bild zu machen. Und wieder die Gewerkschaft allein setzt den einzelnen in den Stand, diese erlangten Kenntnisse zu verwerten, den Befund einer ihm günstigen Lage des Arbeitsmarktes zu seinem Vorteile auszunutzen.

Darum ist es vor allen Dingen nötig, daß sich die Lithographen, wenn sie sich zu einer richtigen Ausnutzung des kommenden Aufschwunges vorbereiten wollen, mehr als bisher in der Gewerkschaft betätigen; sie müssen fleißiger die Versammlungen und die sonstigen Veranstaltungen des Verbandes besuchen und eingehender die Presse verfolgen. Darin ist leider bisher sehr viel gesündigt worden! Wäre es nicht an dem, dann wäre die bedauerliche Tatsache nicht zu verzeichnen, daß so viele Lithographen noch nicht einmal den Wert ihrer Arbeitskraft auch nur annähernd richtig einzuschätzen wissen. Wie oft muß man heute die Wahrnehmung machen, daß bei der Stellensuche trotz der günstigsten Auskünfte selbst sehr tüchtige Lithographen einen lächerlich geringen Preis für ihre Arbeitskraft vorschlagen. Wie manchem wäre es schon möglich gewesen, beim Stellenwechsel eine ihm günstige Situation zur Erlangung eines angemessenen Lohnes auszunutzen, wenn er gewußt hätte, wie augenblicklich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte liegen, und wenn er demzufolge den Mut gefunden hätte, für seine Arbeitskraft einen der Marktlage entsprechenden Preis zu fordern.

Die betrifft besonders auch Merkantillithographen. Tüchtige Merkantillithographen, namentlich tüchtige, künstlerisch gebildete Landschaftsgraveure werden in letzter Zeit wie Stecknadeln gesucht. Trotzdem für diese Leute seit einiger Zeit die Lage des Arbeitsmarktes so günstig wie nur irgend möglich ist — es herrscht gegenwärtig ein ungemein großer Mangel an solchen Kräften — wissen viele dieser Kollegen nicht, wie der Wert ihrer Arbeitskraft gestiegen ist. Diese Leute haben eben gar keine Ahnung davon, welche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkte eingetreten sind. Das kommt daher, weil man sich im allgemeinen zu wenig um das Verbands- und Gewerkschaftsleben kümmert, weil man allen Pflichten gegenüber der Gewerkschaft geflissentlich aus dem Wege geht. Man kümmert sich zwar um alles mögliche, aber beileibe nicht um seine eigne Lage, um sein eignes Fortkommen. So ist es zu erklären, daß viele Lithographen, nach deren: Qualitäts-Arbeitskraft eine ungemein große Nachfrage ist, diese ihnen so günstige Situation nicht nur nicht auszunutzen wissen, sondern obendrein noch aus purer Unwissenheit und Aengstlichkeit mit ihrer Arbeitskraft geradezu Preisschleuderei treiben. Damit schaden sich diese gewerkschaftlich indolenten Kollegen selbstverständlich nicht nur selbst sehr, sondern auch den ganzen Beruf.

In diesem Schlandrian darf es allerdings nicht weitergehen, in dieser Gleichgültigkeit gewerkschaftlichen und gewerblichen Fragen gegenüber dürfen die Lithographen nicht verharren, wenn sie wollen, daß die Vorteile, die unsern Berufe durch die Einführung der Rotationspressen erwachsen, nicht allein dem Unternehmertum zufließen sollen. Bisher haben, wie uns die Geschichte lehrt, die Arbeiter in der Regel statt eines Nutzens immer nur einen großen Schaden gehabt, wenn auf dem Gebiete der Maschinenbaukunst epochemachende Erfindungen gemacht worden sind. Das hätte oft anders sein können, wenn es die Arbeiter verstanden hätten, sich rechtzeitig auf die gewerblichen Umwälzungen einzurichten, die durch die derartigen Erfindungen herbeigeführt wurden.

Die Fehler, die Arbeiter früher bei derartigen Gelegenheiten in ihrem Verhalten gemacht haben, sollten uns zur Warnung dienen. Wir sollten daraus die Lehre ziehen, daß alle Vervollkommnungen im Maschinenwesen immer allein dem Unternehmertum zum großen Nutzen gereichen müssen, wenn wir uns diesen Geisteschöpfungen gegenüber gleichgültig oder gar widerstrebend verhalten.

Nachdem solche gewerkschaftliche Erfahrungen vorliegen, wäre es wirklich unverzeihlich, wollten es die Lithographen versäumen, sich rechtzeitig auf den Aufschwung, der durch den Bau von Rotationspressen in der Akzidenz lithographie mit Sicherheit zu erwarten ist, vorzubereiten, damit auch ihnen ein materieller Gewinn daraus erwachse!

Wir dächten, die Lithographen hätten wirklich allen Anlaß, jede ihnen günstige Verschiebung der Lage des Arbeitsmarktes unter Anwendung aller Kunstgriffe der gewerkschaftlichen Strategie zu ihrem Vorteile auszunutzen. Haben sich doch unsere Unternehmer durch die Einrichtung eines Lohnkatasters bisher die erdenklichste Mühe gegeben, den Preis unserer Arbeitskraft weit unter ihren Wert künstlich hinabzudrücken. Solche Zicken müssen aber fürderhin unmöglich werden, sowie sich durch einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Lithographie die Lage des Arbeitsmarktes zu unsern Gunsten verschiebt, und sowie wir die Fähigkeit erlangt haben, solche uns günstige Gelegenheiten auch richtig wahrzunehmen. Ueber das kapitalistische Gesetz, daß bei einer größeren Nachfrage der Preis einer Ware steigen muß, wenn der Verkäufer diese Situation zu erfassen weiß, kommen auch die rabiatesten Ausbeuter nicht hinweg!

Es ist also unbedingt ein Erfordernis, daß sich die Lithographen intensiver in der Gewerkschaft betätigen, soll das verbesserte Maschinenwesen für den lithographischen Druck auch ihnen zum Nutzen gereichen. Erfüllen sie dieses Erfordernis, dann werden in der Akzidenz lithographie nicht nur die Landschaftsgraveure gute Tage erleben, sondern auch alle übrigen Kräfte bald besseren Zeiten entgegen sehen.

Mit einer intensiveren Betätigung in der Gewerkschaft allein ist es aber auch nicht getan; die Lithographen müssen auch noch nach einer andern Richtung hin arbeiten, wenn sie den kommenden Umwälzungen im Gewerbe gerecht werden wollen!

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Die Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker 1910.

Der kürzlich erschienene Geschäftsbericht des Tarifamtes der Chemigraphen und Kupferdrucker für das Jahr 1909 hebt einleitend hervor, daß Klagen vor den Schiedsgerichten im abgelaufenen Jahr, dem ersten der zweiten Tarifperiode, nur vereinzelt vorgekommen sind. Dagegen war die Durchführung der Bestimmungen der Preiskonvention sehr erheblichen Schwierigkeiten ausgesetzt.

Eine Anzahl der größten Bundesfirmen kündigte ihren Austritt aus dem Bund an, wenn nicht endlich Garantien für die Durchführung der Preiskonvention geboten würden. Sie wollten dann lieber aus eigener Kraft und nach Gutdünken ihre Maßnahmen treffen. Bei den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft bestand kein Zweifel darüber, daß das Vorhaben dieser Firmen nicht nur zu einer allgemeinen Unterbietung der bisherigen Produktionspreise führen würde, sondern daß dadurch die Tarifgemeinschaft selbst sehr gefährdet werden könnte. Die Oehilfen hielten sofort eine Konferenz ab, deren Beschluß dahin ging, daß sie das Vorhaben dieser Firmen, sich von der Preiskonvention zu befreien, als einen beabsichtigten Tarifbruch ansehen müßten und ihre Maßnahmen dagegen treffen würden. Daraufhin hielten die Prinzipale eine Bundesgeneralversammlung ab, in der die Einsetzung von vereidigten Bücherrevisoren beschlossen wurde, deren Aufgabe es sein sollte, festzustellen, ob die von ihnen revidierten Firmen sich an die Bestimmungen der Preiskonvention halten oder nicht. Inzwischen haben diese Revisoren ihres Amtes gewaltet und nach und nach werden sämtliche tariftreuen Firmen einer Revision unterzogen. In jedem Falle von Preisschleuderei oder Konventionsverletzung hat eine von Prinzipalen und Oehilfen zusammengesetzte Prüfungskommission zu entscheiden, die aber bisher erst in vier Fällen zusammenzutreten brauchte. Das Tarifamt hat diese vier Entscheidungen gutgeheißen und auch diese vier Firmen haben sich bereit erklärt, der Entscheidung zu entsprechen.

Ferner wird berichtet, daß für Rheinland und Westfalen ein neuer Tarifkreis V mit dem Sitz in Düsseldorf gegründet wurde.

Der Tarifausschuß hat bei Regelung der Lehrlingskala beschlossen, ab Januar 1911 eine Aenderung der bestehenden Skala eintreten zu lassen, falls sich

erweisen sollte, daß die in der Skala enthaltenen Ziffern insoweit zu einem ungesunden Verhältnisse der Zahl der Lehrlinge in der der beschäftigten Oehilfen geführt hat. Zu diesem Zwecke werden zurzeit Erhebungen angestellt über die Zahl der beschäftigten Oehilfen und Lehrlinge in den chemigraphischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands.

Den Schluß des Berichts bildet eine tabellarische Übersicht über die Wirksamkeit der tariflichen Arbeitsnachweise, nach der 1909 durchschnittlich im Monat 22 Photographen (1908: 14), 54 (34) Aetzer, 5 (2) Kopierer, 19 (11) Retuscheure, 13 (5) Nachschneider, 7 (3) Drucker, 2 Monteure und 13 (10) Kupferdrucker arbeitslos waren. Die monatliche Durchschnittsziffer der Arbeitslosen aller Sparten stieg also von 79 im Jahre 1908 auf 135 im Berichtsjahre; sie war mithin ganz enorm. Offene Stellen wurden 1909 durchschnittlich im Monat besetzt: für Photographen 122 (1908: 74), Aetzer 346 (331), Kopierer 38 (23), Retuscheure 154 (149), Nachschneider 84 (45), Drucker 40 (29), Monteure 4, Fraiser 2, Kupferdrucker 85 (59). Die Zahl der besetzten Stellen stieg also ebenfalls, und zwar von 710 im Jahre 1908 auf 875 im Jahre 1909, aber lange nicht in dem Maße wie sich die Arbeitslosigkeit gesteigert hat.

Dem Geschäftsbericht ist noch ein Verzeichnis der tariffreien Firmen angeschlossen, nach welchem deren Zahl jetzt 142 beträgt, gegen 144, die im vorigen Geschäftsbericht aufgeführt wurden; diese Zahl ging also um 2 zurück. Im ersten Geschäftsjahr der Tarifgemeinschaft konnten 88 tariffreie Firmen gemustert werden.

Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.). Am 2. Juni fand unsere Monats-Versammlung statt, in der Genosse Victor Brucks einen Vortrag über Arbeiterversicherung hielt. Redner führte aus, daß die Arbeiterversicherung eine jener Gesetzgebungen sei, die in jeder Weise die Aufmerksamkeit der Arbeiter erfordere. Obwohl sich unsere Vertreter aus bestimmten Gründen immer gegen diese Gesetze wenden mußten, haben doch gerade sie erst die Veranlassung zu diesen Gesetzen gegeben. Lange hat es gedauert, ehe sich die Notwendigkeit dieser Versicherung durchgerungen hat. Sie war erst gegen die Arbeiter gerichtet, um denselben den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Hilfskassen wollte man unter staatliche Aufsicht stellen, um die Gewerkschaften zu beseitigen. Dies gelang jedoch nicht; ein Teil ging dabei aber zugrunde. Ein einheitliches Kassenwesen würde für die Versicherten von großem Nutzen sein. Die Verwaltung der Unfallversicherung lag in den Händen der Unternehmer. — Der Referent gab dann einen Rückblick auf die Ausbaubarkeit der Arbeiterversicherung und die Gesamtleistung derselben. Den Rechtsweg dazu schildert er ebenfalls und beweist, wie viele mit ihren Ansprüchen abgewiesen werden. Auch die Invalidenversicherung leiste viel zu wenig und sei sehr reformbedürftig. Durch das Zahlen der Hälfte der Beiträge wollte man eine paritätische Besetzung der Ämter und einen unparteiischen Vorsitzenden erlangen. Die Reform der jetzt lächerlich geringen Witwen- und Waisenrente habe man im Reichstag immer wieder hinausgeschoben. Es sei dringend notwendig, daß sich die Arbeiterschaft aufraffe, um das zu Grabe zu tragen, was man den bestgebildeten Proletariern der Welt durch Gesetze aufzudringen versucht hat. Deshalb sei es Bedingung, sich nicht nur allein gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Der ca. zweistündige Vortrag wurde durch reichen Beifall gekrönt. Eine Diskussion fand nicht statt. — Dann wurde berichtet, daß durch eine größere Agitation (Geschäftsvers.) versucht wurde, die Kollegen, die in nichttariffreien Firmen beschäftigt sind, für uns zu gewinnen. Der Erfolg war, daß sich ein Teil zur Aufnahme resp. Wiedereintritt meldete und nun in der Monatsversammlung erschienen waren. Einzelne dieser Kollegen mußten ihr ganzes Sündenregister hören, was gerade nicht angenehm sein soll. Die Verwaltung plaidierte für Wiederaufnahme, sie vertrat den Standpunkt, daß man versuchen soll, die Zahl der nichtorganisierten Kollegen zu vermindern, daß Fehler erst dann wieder gut gemacht werden können, wenn dazu Gelegenheit gegeben wird. Die Versammlung dachte aber anders und lehnte sämtliche Aufnahmen ab. Sie gab durch eine Resolution bekannt, unter welchen Bedingungen der Wiedereintritt erfolgen könnte. Nach bekanntgabe verschiedener örtlicher Angelegenheiten erfolgte hierauf Schluß dieser denkwürdigen Versammlung.

Leipzig (Lichtdr.). Am 24. Juni fand die Mitglieder-Versammlung der Lichtdrucker Leipzigs statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung streifte der Vorsitzende in kurzen Zügen die Tätigkeit und Bedeutung der Bezirkstage. Zur Stellungnahme zu den Abänderungs-Anträgen zum Statut, lag eine von der Leipziger Verwaltung in Gemeinschaft sämtlicher Agitationskomitees aufgestellte Vorlage zugrunde. Die Durchberatung erforderte geraume Zeit. Außer einigen Zusätzen und Abänderungen, bez. hierzu gestellten Anträgen wurden fast sämtliche Anträge akzeptiert. Es wird Aufgabe des Bezirkstages sein, eine genaue Prüfung und Sichtung des eingegangenen Materials vorzunehmen, um den ferneren Bestand des Verbandes, auch für die Zukunft zu sichern. Unter Oewerkschaftlichem be-

